

M o r m o r t s

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Einzelheft 4.00 RM., monatlich 1.20 RM.,
 frei ins Haus, vorausschickbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monats-
 lich 1.50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 8.— RM. für das übrige Ausland
 4.50 RM. monatlich. Bestand und Preis
 bei direkter Bestellung monatlich 1.20 RM.
 Postbestellungen nehmen an Börsen-
 markt, Holland, Bayern, Schweden
 und die Schweiz. Einsetzungen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Vertrieb: täglich.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 4. Juni 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

Parlamentsbeginn.

Der heute zusammentretende Reichstag steht vor der Neuwahl des Präsidenten, die durch den völligen Wechsel in der politischen Stellung der Parteien kompliziert wird. Alle bisher verbreiteten Meldungen sind mühsige Kombinationen oder vorsichtige Fäbler. Die Parteien haben sich mit der Neuwahl noch nicht offiziell beschäftigt. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich wahrscheinlich am Schluß der heutigen Plenarsitzung mit der Besetzung des Präsidiums befassen.

Der Reichstag hat in der Sommertagung ein gewaltiges Stück Arbeit: die Erörterung des Hauptantrages über die unerquicklichen Vorgänge und die verfahrenere Politik im Osten wird im Plenum fortgesetzt werden. Der Friede von Bukarest gibt der Debatte neuen Stoff. Der Aufbau des Arbeitskammergesetzes ist umstritten. Die Vermehrung der Zahl der Abgeordneten durch stärkere Vertretung der Reichswahlkreise und die teilweise Einführung des Verhältniswahlrechts dürfen als sicher gelten.

Im Vordergrund steht aber die Sanierung der Finanzen des Reiches, deren bisherige Entwicklung sich zu denen Englands umgekehrt verhält wie die militärischen Erfolge.

Die zarte Schonung der bestehenden Klassen wird gerade jetzt ihre tiefen Schattenseiten über die ganze Volkswirtschaft. Die gestiegene Kaufkraft dieser Kreise treibt die Preise aller Lebensmittel gewaltig in die Höhe, sprengt mit lautem Krach die Schranken der behördlichen Preisbindungen und entläßt sich in einer wüsten Spekulation am Aktienmarkt, die das gelinde Entsetzen aller nüchternen, in eine schwere Zukunft lebenden Beurteiler ist. So absonderlich es klingt: alle diese Dinge stehen in einem tiefen Zusammenhang und sind die typischen Erscheinungen der Geldentwertung und Banknotenvirtschaft. Ein Bankier hatte ganz recht, der einmal in dieser großen Zeit sagte: „Mein Lieber, wenn ich wöchentlich für die Butter fünfzig Pfennig mehr zahlen muß, worum soll ich nicht jede Woche eine Vochumer Substanz-Aktie ein Prozent höher bewerten?“

Diese Erscheinungen werden nicht mit Polizeimitteln ausgerottet, weder an der Börse noch am Lebensmittelmarkt. Sie können nur durch Eindämmung der überquellenden Kaufkraft der bestehenden Klassen — „Geld spielt keine Rolle!“ — beseitigt oder wenigstens eingeschränkt werden. Das Mittel zu diesem Ziele sind scharfe direkte Steuern, und in dieser Beziehung tritt ihre augenblickliche Dringlichkeit am augenfälligsten hervor. Man sagt ihnen noch, daß sie den Spartrieb töten. Wir haben eine weit bessere Meinung von den deutschen Kapitalisten, deren Großteil sich sicherlich lieber persönlich etwas einschränkt, als das Geschäft zum Teufel gehen läßt oder auch nur auf seine Erweiterung verzichtet. Und eben diese Einschränkung des persönlichen Bedarfs ist heute — von der sittlichen Notwendigkeit abgesehen — für die Preisbildung und damit für die ganze Volkswirtschaft von äußerster Wichtigkeit.

Leider haben sich Reichssekretär und bundesstaatliche Finanzminister dieser Einsicht bisher entzogen oder sie haben, entgegen ihrer Einsicht, zu den alten „bewährten“ indirekten Steuern gegriffen, in der Hoffnung, so auf der Linie des geringsten Widerstandes zu liegen. Diese Absicht ist um so vertretlicher, als sie nicht nur nicht die ungeheuerliche Preisrevolution bekämpft, sondern auf sie in der Erwartung spekuliert, daß die breiten Massen gerade jetzt die neuen steuerlichen Lasten am wenigsten spüren.

Der Reichstag ist auf die Zornstimmung der verblühten Regierungen nicht ohne weiteres eingegangen, ihnen auf diesem Pfad des Vasters zu folgen. Zwar werden, wenn auch vielleicht nicht alle, so doch mindestens die meisten indirekten Steuern geschluckt werden. Aber mit Rücksicht darauf, daß diese vorgeschlagenen Steuern während des Krieges nichts oder nur wenig tragen, haben Sozialdemokraten, Fortschrittler, Zentrum und Nationalliberale Anträge auf Erhebung einer außerordentlichen Abgabe von dem Einkommen, Mehreinkommen und dem Vermögen gestellt. Der Zentrumsmann Gräber sagte in der Begründung, die bisherige Steuerpolitik wirke revolutionierend. Das erstrebenswerte Ziel sei die Vereinheitlichung der direkten Steuern und die Neuverteilung der Steuerlasten zwischen Reich, Staaten und Gemeinden. Der Fortschrittler Pieschinger wies die bundesstaatlichen Finanzminister darauf hin, daß die Staaten zur Deckung der Fehlbeträge im Reichshaushalt herangezogen werden können und daß diese Beiträge, die auf den Kopf der Bevölkerung berechnet werden, als eine Art Kopfsteuer die in ihrer wirtschaftlichen Schädigung und Leistungsfähigkeit höchst ungleichartigen Bundesstaaten sehr verschieden treffen.

Die bundesstaatlichen Finanzminister wollen sich aber nur allerhöchstens dazu verstehen, die Besteuerung des Mehreinkommens dem Reich zu überlassen. Der Reichstag darf sich damit nicht begnügen. Er darf nicht dulden,

Chaudun südwestlich Soissons genommen — Vorstoß über den Savières Grund — Einnahme der Höhen westlich Chateau-Thierry.

Berlin, 3. Juni 1918, abends. Amtlich.
 Südwestlich von Soissons neue Fortschritte. Französische Gegenangriffe beiderseits der Durcq.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 3. Juni 1918. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
 Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Zeitweilig auflebender Artilleriekampf. Feindliche Zeilengriffe westlich von Paillet und nördlich der Eys wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
 Zum Ersatz der durch unseren Angriff zerschlagenen französischen und englischen Armeekorps und zur Stärkung der bisher von den Nachbararmeen eiligst auf das Schlachtfeld herangeführten und stark gelichteten Divisionen sind neue französische Verbände weit abgelegener Fronten in den Kampf getreten.

Nördlich der Aisne versuchten sie vergeblich die ihnen angewiesenen Stellungen zu halten. Wir schlugen sie in hartem Grabenkampf auf Maulin-Jons-Convant-St. Christophe-Bingre zurück. Südwestlich von Soissons wurde Chaudun genommen. Wir stießen im Angriff über den Savières-Grund bis an den Strand der Wälder von Billers-Cotterets vor. Südlich der Durcq führte der Feind heftige Gegenangriffe. Sie wurden blutig abgewiesen. Ueber Courchamps und Monthiers hinaus gewannen wir Boden und nahmen die Höhen westlich von Chateau-Thierry.

An der Marne, zwischen Marne und Reims ist die Lage unverändert.

Die auf das Schlachtfeld führenden mit Truppenbewegungen stark belegten Bahnen wurden durch unsere Bombengeschwader erfolgreich angegriffen. Wir schossen 31 feindliche Flugzeuge ab. Leutnant Reuthoff errang seinen 29. und 30., die Leutnants Löwenhardt und Udet ihren 25. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister.
 Lubendorf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 3. Juni 1918. Amtlich wird verlautbart:

Bei Fossalta an der unteren Piave vereitelten wir einen italienischen Uebergangversuch durch Geseh- und Minenwerferfeuer. An vielen Stellen der Südwestfront wurden feindliche Erundungsabsichtungen zurückgewiesen; eine derselben wurde bei Bezzecca abgefangen. Die Artillerie war überall sehr lebhaft.

Der Chef des Generalstabes.

daß die Bundesstaaten durch Anziehung der Einkommensteuer feststehende Lasten schaffen, ihre Klassen bis zum Zerbrechen füllen, das Reich elend dahin vegetieren lassen und von der wichtigsten ergebigen und beweglichen Steuer ausschließen. Hinter dieser Aufgabe treten alle anderen Steuerprobleme weit zurück.

Das Preussische Abgeordnetenhaus tritt wieder zusammen, um — außer einigen weniger belangreichen Vorlagen — in vierter Lesung die Tortur des gleichen Wahlrechts mit Kompromißdaumenschrauben, mit den spanischen Stiefeln der Sicherungen und mit der eisernen Jungfrau der Mehrstimmen zu steigern. Es ergeht der Vorlage wie dem armen Sänder im Mittelalter: wenn er das Brennen, Quetschen, Gliedbrechen, Knochenbrechen überlebt, so wird eben ein höherer Grad der Folterung angewendet, bis man ihn dorthin hat, wo man ihn haben will.

Wir wagen nicht zu prophezeien, daß die Tortur der vierten Lesung die Letzte sein wird. Da man sich bemühen wird, das Vakuum der dritten Lesung irgendwie auszufüllen, so wird — vorausgesetzt, daß dies gelingt — zwischen den Beschlüssen der vierten und der dritten Lesung keine Uebereinstimmung bestehen, was verfassungsrechtlich eine fünfte Lesung nötig macht. Wie lange wird dieses

Spiel noch getrieben werden, wie lange wird es sich die Regierung gefallen lassen?!

Ein Trost bleibt bei der Geschichte: in seiner Unfähigkeit, eine Reform des Wahlrechts zustande zu bringen, zeigt das preussische Parlament am besten die sachliche Minderwertigkeit der auf Grund von Klassenwahlrechten zustande gekommenen Parlamente. Es ist kein Zufall, daß das gleiche Schauspiel, wie wir es in Preußen erleben, auch in einer ganzen Reihe kleinerer Bundesstaaten wie Braunschweig und Sachsen-Noburg aufgeführt wird: eine Regierung, die reformieren will, ein Klassenparlament, das die Reform verhindert. Klassenparlamente können eben auch da, wo die Zeit mit äußerster Notwendigkeit Reformen fordert, nicht die sittliche Kraft zu einer Neugestaltung finden. Denn die Mehrzahl ihrer Mitglieder sitzt eben auf dem Hof der verrotteten Wahlprivilegien, den es abzugeben gilt.

Das preussisch-braunschweigisch-sachsen-noburgische Beispiel ist eine warnende Lehre: jedes Klassenprivileg vertritt die Zukunftsentwicklung. Als die preussische Regierung in der Reaktionszeit das Dreiklassenwahlrecht strotzte, glaubte sie, etwas sehr Großartiges zu tun, sie glaubte — in ihren Gedanken gesprochen —, dem in den „Abgrund der Demokratie“ lauenden Staatswagen eine Bremse anzulegen. Aber sie vergaß, daß diese Bremse so stark war, daß die Regierung selber sie nicht mehr beseitigen konnte; und jetzt, wo die Regierung selber ein lebhaftes Interesse hat, den Staatswagen vorwärts zu bringen, bleibt er dank der famosen Bremse angehalten stehen; Warnung genug für sie, sich durch irgendein Kompromiß abzumals eine Bremse anlegen zu lassen, die den Staatswagen im kritischsten Moment zum Stillstehen verurteilt!

Die Antwortweigerung Clemenceaus.

Unter der Ueberschrift „Dunkle Tage“ stellt Renaudel in der „Humanité“ fest, daß die französischen Heeresberichte nicht vollständig der Wahrheit entsprechen. Er nimmt sodann Stellung zu der Erklärung, daß die Regierung keine Mitteilungen machen wolle, die zu verlangen das Parlament das Recht habe, und sagt, daß selbst ihr den Fall der Wiederherstellung der Lage die Regierung nicht von der Pflicht zur Verantwortung der Interpellationen entbunden sei. Wenn es sein müsse, werde man eben eine Geheimnissung abhalten. Auf jeden Fall seien Fehler begangen worden, die abgestellt werden müßten. Renaudel wundert sich vor allem, daß bei allen Offensiven der Entente das Ueberraschungsmoment nie eine Rolle gespielt habe, während bei der jetzigen Offensive die Ueberraschung wieder vollständig geklärt sei. Er fragt, ob die Kriegsräte in Versailles und Paris zweckmäßig seien, da durch sie die Entscheidung bei schnell sich entwickelnden Ereignissen fast immer verzögert werde. Das Parlament müsse über alle diese Fragen Bescheid wissen, denn sie ständen mit dem Heil und der Zukunft des Landes in unmittelbarem Zusammenhang.

Renaudel ist bemüht, zu retten, was im Jahre 1915 nach langen Kämpfen gegen Millerand und Viviani gewonnen wurde. Schließlich ertrug die parlamentarische Opposition die Zulage, in Geheimnissungen über Fragen der Kriegsführung unterrichtet zu werden. Clemenceau hat zunächst den Weg beschritten, gegen die interpellierende Opposition anzutreten. Er scheint den Versuch machen zu wollen, mit einer Erklärung, die sie heute angekündigt ist, über die Verweigerung der Interpellationen hinwegzukommen. Dieser Versuch wird verhandelt, wenn man Gewicht auf die Anspielung Renaudels auf die Kriegsräte legt. Ein neuer Sturm gegen jene immerhin noch neue Kriegsräteeinrichtung droht, die noch zum Generalissimus der Alliierten erhob und die insbesondere die Sache Clemenceaus ist. Sie ist gewissermaßen die letzte große Hoffnung Frankreichs und Englands und stellt die Einleitung zu den Zeiten dar, wo der amerikanische Massenulkus seine Erlösungen bringen soll. Eine Kritik dieser Einrichtung, die einstweilen noch keine Stene haben kann, muß Clemenceau scheuen. Sie kann ihm weder in öffentlicher, noch in geheimer Sitzung willkommen sein.

Aber die Geheimnissung ist der einzige Ausweg, der Clemenceau bleibt, wenn er die schwere Unruhe über die Kriegslage nicht noch durch ein Unwetter wegen distanzforschender Gewalttätigkeit des Parlaments gefährlich steigern will. Der Artikel Renaudels läßt erkennen, daß die sozialistische Opposition Clemenceau vor eine Entscheidung drängen wird, die keine Art, die Regierung zu handhaben, an der Hergeßte treffen muß.

Genf, 3. Juni. (Z. N.) Neben der militärischen Diskussion geht in der politischen Welt die Auseinandersetzung über die Schuld an der Niederlage mit immer wachsender Heftigkeit weiter. Gegen Clemenceau und seinen Vertrauensmann, den General Foch, werden in der Presse der äußersten Unken immer deutlicher die Anklagen erhoben, daß sie die Front an der Aisne von Kampftruppen und Artillerie entblößt und dadurch den Verlust der vordersten

Stellungen am Tamentwege verschuldet haben. Andere sozialistische Blätter verlangen die Einberufung der Nationalversammlung nach Versailles. Natürlich läßt die Senur nur unbestimmte Andeutungen über diese Diskussionen in der Presse zu. Bezeichnend ist es, daß sich plötzlich nach dem Marschall Joffre Heimweh geltend macht, dem besonders Herzog in seiner „Vieoire“ den nötigen Eindruck verleiht. Clemenceau selbst versteht sich im jetzigen Augenblick natürlich erst recht darauf, seine selbstherrliche Politik fortzusetzen. Er hat es rundweg abgelehnt, über die gegen die Gewerkschaftsführer im Loirebecken ausgesprochenen Verhaftungen mit den Sozialisten zu konfizieren und die verhafteten Gewerkschaftler in Freiheit zu setzen. Er hat im Gegenteil am 1. Juni in seiner Eigenschaft als Kriegsminister besonders strenge Verfügungen erlassen, auf Grund deren die Polizei ohne weiteres jeden zu verhaften hat, der Panik fälschlich durch Verbreitung tendenziöser Nachrichten über die militärische Lage.

Russisch-finnisches Friedensabkommen. Murmangebiet an Finnland.

Der russische Volkskommissar des Auswärtigen, Tschischerin, stellt, wie dem W. T. B. aus Stockholm gedruckt wird, dem Vertreter der deutschen Regierung, Grafen Mirbach, folgende Note zu:

Die russische Regierung vereinigt sich mit der deutschen Regierung in dem Wunsche eines baldigen vollständigen Uebernehmens mit der finnischen Regierung und nimmt für die Ordnung der Beziehungen mit der finnischen Regierung jene Basis an, die durch den Grafen Mirbach von der deutschen Regierung dem russischen Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten vorgeschlagen wurde und die seitens Finnland die Abtretung der Festung Ino und des Grenzortes Raivola an die russische Republik enthält. Die russische Republik verzichtet dafür auf die Befestigungen dieser Ortschaften und tritt an Finnland den westlichen Murmantel mit dem Zutritt zum Meere ab.

Tschischerin ist überzeugt, daß auf diese Weise ein bedeutender Fortschritt gemacht wird, bewaffnete Konflikte und Blutvergießen zu verhindern. Die deutsche Regierung hat es der russischen diesmal leicht gemacht, auf ihren Vorschlag einzugehen. Denn in den Hauptpunkten wiederholt der Vorschlag den Inhalt des Abkommens, das zu Beginn des finnischen Bürgerkrieges zwischen der russischen und der roten finnischen Regierung getroffen wurde. Daß Ino geschleift werden solle, war in dem damaligen Abkommen allerdings nicht vorgesehen.

Anerkennung der Hetmansregierung.

Kiew, 2. Juni. Der Deutsche Vorkämpfer, Freiherr von Ruman, und der österreichisch-ungarische Vorkämpfer, Graf Forstner, überreichten heute dem Hetman Skoropadski im Auftrag ihrer Regierungen Schreiben, durch die sie die derzeitige ukrainische Regierung anerkennen und in amtlichen Verlehen mit ihr treten zu wollen erklärten. Der Hetman Skoropadski dankte in deutscher Sprache und schloß daran die Versicherung, daß es nach wie vor sein Bestreben sein werde, die von ihm übernommene Regierung der Ukraine in enger Anlehnung an die Mittelmächte zu führen.

Kiewer Friedensverhandlungen. Weißruthen und andere Delegationen.

Dem ukrainischen Pressebureau Berlin wird unterm 31. Mai aus Kiew gemeldet: Die Verzögerung der Vollversammlung wurde hervorgerufen: 1. dadurch, daß bezüglich der Demarkationslinie ein Einvernehmen nicht erzielt wurde, 2. weil die eingetroffene Donagesandtschaft den Wunsch geäußert hat, bei Bestimmung der Grenzen mit dem ukrainischen Staat in Verbindung zu stehen und 3. weil die Sowjetdelegationen Schwierigkeiten von großer Wichtigkeit aus Moskau erhalten hat. Die ukrainische Delegation hat sieben Unterkommissionen für Verhandlungen gebildet.

Die Vollversammlung der Friedenskonferenz wurde dann am 30. Mai von Vorsitzenden der ukrainischen Delegation durch Rückgabe der geprüften und in Ordnung befundenen Vollmachten der russischen Delegation an Rakowski eröffnet. Dieser erklärte auch die ukrainischen Vollmachten für geprüft und ordnungsmäßig.

Am 30. Mai besuchte eine Abordnung der weißruthenischen Volksrepublik unter Führung der Mitglieder der weißruthenischen Rada Kowalewitsch und Professor Downar Sapolski den ukrainischen Minister des Auswärtigen und hatte mit ihm eine längere Besprechung über die Beteiligung der weißruthenischen Delegation an den Friedensverhandlungen in Kiew und die Wiederaufnahme der Besprechungen über die ukrainisch-weißruthenischen Grenzen. Darauf besuchte die weißruthenische Delegation die russische Friedensdelegation und überreichte dem Vorsitzenden Rakowski eine schriftliche Note mit der Erklärung der Unabhängigkeit der weißruthenischen Volksrepublik und der Notwendigkeit der Anerkennung Weißruthens durch die Regierung der Sowjetrepublik. Die Note enthält den Vorschlag an die Sowjetregierung, mit der weißruthenischen Delegation in Verhandlungen über Grenzfragen, Handelsbeziehungen usw. einzutreten. Da der Vorsitzende der russischen Delegation sich als nicht bevollmächtigt erklärte, auf die an ihn gestellten Fragen zu antworten, so hat er beim Räte der Volkskommissare um Instruktionen nachgesucht.

Das ukrainische Pressebureau berichtet weiter von dem Eintreffen von Abordnungen der Don-Regierung und der Kuban-Regierung. Beide haben die Aufgabe, offizielle Beziehungen zur Ukraine anzuknüpfen. Das Pressebureau bemerkt dazu, die Politik der Ukraine finde dadurch eine außerordentlich wesentliche moralische Unterstützung Großrusslands gegenüber und auch für die innerpolitischen Verhältnisse in der Ukraine werde diese Anerkennung der ukrainischen Stellung nicht ohne günstige Auswirkung bleiben. Daß die Sowjetregierung den werdenden ukrainischen Staat noch nicht als ein vollkommenes Staatsgebilde ansieht, haben wir vor einigen Tagen mit den von Rakowski in der Vollversammlung in Kiew gemachten Ausführungen dargelegt. Dagegen helfen solche Delegationsdemonstrationen vermutlich nichts. Das ukrainische Bureau berichtet ferner, der Vorsitzende der ukrainischen Friedensdelegation Scheludjak habe eine Reihe von Abordnungen aus den Gouvernements Kursk, Woroneß und Tschernigow empfangen, die die Bitte aussprechen, daß diese Gegenden nicht unter der Regierung der Sowjets bleiben sollten. Welcher Art die Abordnungen sind, wer sie gewählt und beauftragt hat, wird von dem ukrainischen Bureau nicht mitgeteilt.

Die Sozialisten in der Ukraine. Kiew, 1. Juni. Die ukrainischen Parteien der Sozialisten, Föderalisten und Trudowiki beschließen eine Verschmelzung. — In Taganrog haben die Neuwahlen für die Stadtduma etwa die gleiche Anzahl Sozialisten und Nichtsozialisten ergeben.

Schwedens Tonnenopfer an Amerika.

Basel, 3. Juni. Habas meldet aus Washington: Das Staatsdepartement teilt mit, daß mehr als 400 000 Tonnen schwedischen Schiffsraums zur Verfügung der Vereinigten Staaten und der Alliierten auf Grund des zwischen den Vereinigten Staaten und Schweden abgeschlossenen Handelsabkommens gesteuert wurden.

Die Volksabstimmung in der Schweiz.

Ablehnung des Volksbegehrens nach direkter Bundessteuer.
Bern, 2. Juni. (Meldung der Schweizerischen Telegraphen-Agentur.) Heute fand die Volksabstimmung über das von 115 000 Bürgern unterzeichnete, von der sozialdemokratischen Partei gestellte und von einem Teil der linksstehenden bürgerlichen Parteien unterstützte Volksbegehren auf Einführung einer direkten Bundessteuer auf Einkommen von 5000 Franken an und Vermögen von 20 000 Franken an, statt. Das Volksbegehren wurde mit einer Mehrheit von rund 40 000 Stimmen

abgelehnt. Vierzehneinhalb Kantone stimmten für, 7/8 gegen das Volksbegehren. Die industriellen Zentren der deutschen Schweiz stimmten für, während ländliche Kreise, vor allem die romanische Schweiz, gegen das Begehren stimmten, hauptsächlich weil eine dauernde direkte Bundessteuer als Gefahr für das selbständige politische Leben der Kantone betrachtet wird, da direkte Steuern bisher ausschließlich den Kantonen als Haupteinnahmequelle vorbehalten waren, während der Bund seine Ausgaben aus indirekten Abgaben (hauptsächlich Zölleinnahmen) bestritt.

Nach Ablehnung des Volksbegehrens wird der Bundesrat unverzüglich mit der Verwirklichung seines zur Deduktion der Mobilisationskredite vorgesehenen Finanzprogramms beginnen. Das Programm sieht unter anderem eine mindestens zweimalige Wiederholung der Kriegsteuer auf Besitz und die größeren Einkommen sowie Ausbau der Kriegsgewinnsteuer und Erhebung einer Tabaksteuer vor.

Die Wahlen in Rumänien.

Bukarest, 2. Juni. Die Wahlen zum rumänischen Parlament, dem Senat und der Deputiertenkammer finden in der Zeit vom 1. bis 6. Juni statt. Die Parteien Bratianus und Take Jonescus, die einen großen Teil ihrer Anhänger, unter ihnen viele bisherige Abgeordnete, verloren haben und gewissermaßen in Auflösung begriffen sind, haben in Voraussicht einer zu erwartenden niederschmetternden Niederlage keine Kandidaten aufgestellt und Wahlenthaltung als Parole ausgegeben. Außer den Mitgliedern der Partei Marghiloman kandidieren die Anhänger Corpas, Stires, des Generals Averescu und einige aus den Parteien Bratianus und Take Jonescus ausgetretene Mitglieder, die sich als Unabhängige haben aufstellen lassen. Unter ihnen befindet sich der ehemalige Minister Orleanu.

Gestern am ersten Wahltage fanden die Wahlen für das erste Kollegium, des Senats, statt. Gewählt wurden u. a. Ministerpräsident Marghiloman in Turcu Nagurele, der bisherige Justizminister Dobrescu in Bularest und der Minister für öffentliche Arbeiten Ghica Comanesti in Bacau. In Jassy haben Jakob Reguzzi und der ehemalige Minister Vadarau, der bereits vor dem Kriege von Take Jonescu abgeworfen und für ein Zusammengehen mit den Mittelmächten eingetreten war, gesiegt. General Averescu, der den Präliminarfrieden unterzeichnete, ist in Bacau, wo er dem Regierungskandidaten gegenüberstand, unterlegen. Dagegen wurde er in Vaslui und Tecuci gewählt. Das Parlament, dessen erste Aufgabe die Ratifizierung des Friedens ist, tritt bereits am 17. Juni in Jassy zusammen.

Die Tschecho-Slowaken in Rußland meutern.

Moskau, 20. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine Erhebung der tschechisch-slowakischen Truppen, die in der Richtung auf Wladiwostok ziehen, um von dort nach der französischen Front übergeführt zu werden, führte zu heftigen Zusammenstößen mit Sowjettruppen in Penja. Die Tschecho-Slowaken leisteten den Entwaffnungsversuchen seitens der Roten Armee erbitterten Widerstand.

Der Volksbeauftragte für den Krieg Trozki schickte an alle Eisenbahnangestelltenverbände des Ostens einen telegraphischen Aufruf, in dem er die Beförderung der erwähnten Truppen auf den sibirischen Eisenbahnen verbietet. Die Tschecho-Slowaken, die bewaffnet in die Gewalt der Roten Armee fallen, sollen nach dem neuen Befehl Trozki auf der Stelle erschossen werden. Um die Meuterei zu isolieren und sie am Vordringen nach Osten zu hindern, haben mehrere Eisenbahnlinien ihren gesamten Verkehr eingestellt, so die Linien Penja—Lufschewsk—Ufa—Tscheljabinsk—Omsk. Die Meuterei leistet kräftigen Widerstand und haben in mehreren Kämpfen die Oberhand über die Regierungstruppen gewonnen.

Der U-Boot-Krieg. Berlin, 2. Juni. Nach Meldungen aus See durch unsere U-Bootboote im Mittelmeer versenkt Schiffsraum: 26 000 Br.-R.-T. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Kein englischer Einmarsch im Kaukasus. Nach einer Kiewer Meldung aus Baku sollen englische Truppen von Mesopotamien aus das Gebiet des Kaukasus betreten haben. Wie die russische Volkspost dem „W. T.“ mitteilt, ist an dieser Nachricht kein wahres Wort.

Die verfestigte russische Gesandtschaft. Aus Bern wird der „Frankf. B.“ mitgeteilt: Als die hier weilende maximalistische Delegation auf der Gesandtschaft vor sprach, um eine amtliche Mitteilung ihrer Regierung zu übergeben, wurde die Entgegennahme mit der Begründung verweigert, die hiesigen Herren seien Vertreter der ehemaligen kaiserlich-russischen Regierung, von einer maximalistischen diplomatischen Mission wollten sie nichts wissen. Die Maximalisten wandten sich dann um Verstand an das schweizerische Konsuldepartement mit dem Wunsche, die Gesandtschaft in Höhe verlegt werden. Diesem Wunsche ist alsbald entsprochen worden.

Graf Richard Wieners, der ehemalige Ministerpräsident und Staatskanzler von Niederösterreich, ist im 56. Lebensjahre gestorben. Er hat als Nachfolger Baron Wess mit Hilfe der Deutschbürgerlichen und Polen regiert und damit die Parteienkonstellation begründet, die in Österreich noch heute besteht. Das Abgeordnetenhaus verlor während seiner Regierung viel von dem Ansehen, das ihm die Einführung des gleichen Wahlrechts gegeben hatte.

Serbisch-österreichischer Gefangenenaustausch. Vom 28. Mai bis 1. Juni tagte in Bern eine Konferenz von Vertretern der österreichisch-ungarischen und der serbischen Regierung zur Behandlung von Fragen betreffend die Opfer des Krieges. Die Konferenz leitete Minister Paul Dinichert. Die Arbeiten führten zu einem befriedigenden Ergebnis. Es wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, die insbesondere die Heimkehr von inaktiven Kriegsgefangenen und den Austausch von inaktiven Kriegsgefangenen regelt. Die Vereinbarung untersteht noch der Genehmigung der beiderseitigen Regierungen.

Die „neutralen“ Kriegervereine und das „unparteiische“ W. T. B.

Der Deutsche Kriegerbund, die Zusammenfassung der Kriegervereine, versendet an die Presse einen wästen Schimpfartikel, der sich gegen die Sozialdemokratie, den Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, den Reichstagsabgeordneten Gen. Davidsohn und den „Vorwärts“-Redakteur Gen. Kuttner richtet. Die Verbreitung dieses Heftprodukts aber übernimmt merkwürdigerweise das Wolffsche Telegraphenbureau, das damit recht auffällig von seinem sonst betonten Prinzip, den Zeitungen lediglich objektives Nachrichtenmaterial zur Verfügung zu stellen, abweicht.

Der Deutsche Kriegerbund geht aus von einer Entschärfung, die der Verwaltungsrat des „Hamburger Bund deutscher Kriegsbeschädigter“ gefaßt hat. Diese Entschärfung lehnt eine Verschmelzung mit dem Reichsbund ab, weil dieser auch Kriegsteilnehmer organisiert, während der Hamburger Bund seine Tätigkeit lediglich auf rentenempfangende Kriegsbeschädigte beschränken will. Die Entschärfung steht nebenbei in direktem Widerspruch zu dem Verhalten der Delegierten des Hamburger Bundes auf dem gemeinschaftlichen Bundeskongress beider Organisationen in Weimar, auf dem jene die schriftliche Erklärung abgaben, daß sie die Aufnahme von Kriegsteilnehmern nicht als absolutes Hindernis einer Verschmelzung betrachten. Jedenfalls handelt es sich bei dem Ganzen um eine rein organisatorische technische Differenz der beiden Organisationen. Der Deutsche Kriegerbund aber, dessen eingetragenes Bestreben es ist, die Organisationen der Kriegsbeschädigten mit Hilfe der Behörden totzumachen, will aus dieser Differenz Honig saugen und knüpft an den Beschluß des Hamburger Bundes folgende Bemerkung:

Diese Entscheidung kann als bedeutungsvoll angesehen werden, da sie in der Öffentlichkeit auffallend zu wirken geeignet ist über die wahren Ziele des vom Vorwärts-Rebakteur Kuttner und vom Abgeordneten Davidsohn unter dem Deckmantel einer parteilosen Interessensvertretung begründeten sozialdemokratischen Parteifiliale, deren Eintrachtungsgrund einmühen die Furcht war, nach Kriegsende könnten die heimkehrenden Krieger sich der auf Vaterländischem Boden stehenden, auf eine großzügige, langbemährte Wohlfahrtsflüge gestützten politisch parteilosen Kriegervereinsbewegung anschließen.

Die Behauptung ist einmal objektiv unecht. Die sozialdemokratische Partei hat mit dem Reichsbund der Kriegsbeschädigten nichts zu tun und dieser hat oft genug öffentlich erklärt, daß er die Interessen der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer auf der Grundlage parteipolitischer Neutralität vertreten will. Wenn sich aber weiter der Deutsche Kriegerbund daran löst, daß in der Leitung des Reichsbundes auch Sozialdemokraten tätig sind, so wirkt das ein sehr bescheidenes Licht auf den längst gefaßten Beschluß des Deutschen Kriegerbundes, wonach angeblich die Kriegervereine in Zukunft selber Sozialdemokraten aufnehmen wollen! Dieser Beschluß entpuppt sich danach als reines Dauerfangmanöver!

Das Rettungshaus zu Tiefenort.

Erkrankung nach geistigem Tiefstand!
Wir teilten vor kurzem die Anfrage des Abg. Genossen Leber im Weimarer Landtag mit, die auf die Zustände im Rettungshaus zu Tiefenort hinwies, wo sechs Fürsorgezöglinge infolge Unterernährung gestorben seien. Auf diese Anfrage in der letzten Landtagssitzung Geheimrat Staatsrat Dr. Huttenich geantwortet. Er führte aus, daß die im allgemeinen bestehenden Ernährungsverhältnisse natürlich auch die Fürsorgeanstalten im Lande betreffen hätten. Man habe infolgedessen vielfach damit zusammenhängende Krankheiten, besonders Tuberkulose, festgestellt müssen; die geistig am tiefsten stehenden seien in den Anstalten vornehmlich davon befallen worden. Kezillischerseits sei aber festgestellt worden, daß die Ernährung in den Anstalten im allgemeinen nicht schlechter sei als sonst und nicht als Ursache dieser Krankheiten bezeichnet werden könne. Abgeordneter Leber sei daher im Irrtum, wenn er behauptet habe, ein Assistenzarzt der Jenaer Klinik habe ihm dieses mitgeteilt, mindestens habe er den Arzt falsch verstanden. Unrichtig auch sei es, daß die mangelhafte Ernährung durch die örtlichen Organe des Rettungshauses mitverschuldet sei. Die Regierung habe ihren Medizinreferenten in die Anstalt geschickt, und dieser habe den Zustand der Zöglinge als durchaus befriedigend erklärt, vor allem habe er keine beträchtliche Unterernährung im allgemeinen (!) festgestellt können. Die Regierung habe daher keinen Anlaß, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Abgeordneter Leber machte nach dieser Erklärung den Zwischenruf: „Dann sind die Jenaer Ärzte Lügner!“, und erhielt dafür vom Präsidenten eine Rüge.

Die Tuberkulose, welche die geistig am tiefsten stehenden befallt, ist jedenfalls die wunderbarste Krankheit, die sich seit Menschengedenken in Deutschland ereignet hat. An geheimnisvollen Charakter übertrifft sie selbst die spanische Seuche.

Wieder eine Wahlrechtsvorlage abgelehnt.

Die Reaktionskräfte triumphierten jetzt auch in Koburg-Gotha. Sie haben über die Regierung gestimmt, die den jahrelang erhobenen Forderungen des wecklichen Volkes nach einem gerechten Landtagswahlrecht durch Gesetzesänderung gerecht werden wollte. Am Freitag lehnte der Gemeinshafliche Landtag in Koburg die Regierungsvorlage ab. Würde die Regierung den Landtag auflösen, dann würde eine Neuwahl den Wahlrechtsfeinden alsbald die Quittung für ihr Verhalten erteilen! Aber hat dessen erklärte der Minister nur im Grabstein, daß dem Landtag in dieser Zusammenfassung die Vorlage nicht mehr zugehen werde. Eine fürchterliche Strafe.

Niedererschlagung von Unterjuchungen gegen Kriegsteilnehmer. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Niedererschlagung von Unterjuchungen gegen Kriegsteilnehmer zugegangen. Danach können in Sachen, in denen dem Kaiser das Vornamensrecht zusteht, Unterjuchungen gegen Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege wegen Handlungen, die vor oder während der Einberufung zu den Waffen und vor der Beendigung des Krieges begangen worden sind, im Wege der Gnade niedergeschlagen werden.

Gräf-Kaempff. Ueber die Neuwahl in Kaempffs Wahlkreise berichtet die fortschrittliche Presse, die fortschrittliche Volkspartei habe in den letzten Tagen mit einer Reihe führender Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens wegen der Kandidatur Rühlung genommen. In der Absicht, wieder einen hervorragenden Vertreter der Berliner Kaufmannschaft in den Reichstag zu entsenden, sei die Partei neuerdings an Dr. James Simon heranzutreten. Die endgültige Entscheidung werde aber wohl erst im Laufe der nächsten Wochen erfolgen.

Wühlungene Anexion von Birkenfeld. Birkenfeld ist eine kleine Enklave von etwa 500 Quadratkilometer in der preussischen Rheinprovinz, die zum Herzogtum Oldenburg gehört. Jüngst hieß es,

Das Ringen an Ourcq- und Marnefront.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters Dr. Adolf Köper.

Westfront, 2. Juni, mittags.

Als Hauptwiderstandsherde des Gegners weichen allmählich die Gegenden südwestlich Soissons und südwestlich Reims hervorzutreten. Das bedeutet eine Wiederholung des nachfolgenden im April, das deutsche Einbruchloch durch Stöße in beide Flanken zu erschüttern. Die in dieser Richtung geführten Gegenangriffe gegen die deutsche Südflanke beiderseits des Ardre-Flusses, die nebenher die bedrohte Westflanke Reims retten sollten, wurden mit starken Kräften, aber ohne den erstrebten Erfolg geführt. Die gleichzeitigen deutschen Vorstöße von lediglich taktischer Bedeutung östlich Reims zwangen den Gegner vielmehr zu neuer Gegenanstrengung an der andern Front. Wie anderwärts, spielen sich auch auf dem Reims-Schlachtfeld die Bewegungen genau in der geplanten Reihenfolge ab. Auf der rechten Flanke des deutschen Einbruchloches haben die zum Schutze von Paris bestimmten Hauptreserven noch die allmählichen weiteren Kooperationen der Flägelarmeen v. Boehn und Suttler nicht hindern können. Durch Schlachten und über Plateaus, die aus den beiderseits verdrängten alten deutschen und neuverstärkten Stellungen von den Franzosen zäh verteidigt werden, geht die Säuberung des Höhenrückens zwischen Oise und Aisne rücksichtslos vorwärts. Nördlich des Waldes von Villers-Cotterets hält die französische Widerstandslinie noch bis 5 Km. südwestlich Soissons. Doch stehen mit der heute gemeldeten Ueberwindung des Sabieres-Abschnitts deutsche Kräfte westlich Corch und Troesnes dem vorstürmenden französischen Soissonsbogen tief in der südlichen Flanke. Auf der ganzen Front zwischen Royons und Reims ist die Schlacht am 7. Tage nicht abgeklaut, sondern tobt bei allmählich eintretender Ausgleichung der numerischen Kräfte weiteren wichtigen Resultaten entgegen.

Die deutsche Defensivflanke an der Marne.

Zur Kampflage an der Westfront, wie sie sich aus dem letzten amtlichen Bericht der deutschen Obersten Heeresleitung ergibt, schreibt der militärische Npr.-Mitarbeiter: Was sich jetzt an unserer Kampffront im Westen vollzieht, muß als der zweite Akt der mit dem 27. Mai neu begonnenen deutschen Offensive gelten. Die Durchstoßung der feindlichen Linien ist in einer Tiefe von mehr als 50 Kilometern in der Richtung auf die Marne hin erfolgt. Namentlich handelte es sich darum, den erzielten Durchbruch strategisch auszuwirken, d. h. ihn nach den Plänen hin so zu erweitern, daß dem Gegner jede Möglichkeit genommen wird, durch stark massierte Angriffe gegen die Schenkel des vorgetriebenen Keils den erzielten Raumgewinn des Angreifers zu gefährden. Wann der Zeitpunkt gegeben ist, wo die Vorwärtsbewegung einzufallen ist, um die Verbreiterung des Operationsraumes frontal zu den Schenkeln durchzuführen, hängt je von den Umständen, von den örtlichen Verhältnissen, der Stärke und dem Angriffspunkte der feindlichen Gegenoffensive sowie natürlich auch von allgemein strategischen Erwägungen ab. Man darf nämlich dabei nicht außer acht lassen, daß durch die Vortreibung des Angriffes in so feiler Form, wie dies aus der Richtung von Laon geschehen ist, sich automatisch die Kampffront über ein ganz beträchtliches verlagert: während die Basis, von der aus unsere Offensive begann, nur etwa 40 Kilometer betrug, ist sie jetzt auf etwa 120 Kilometer angewachsen. Die elementare Ökonomie der Kräfte verlangt aber, daß die auf diese Weise elastisch auseinandergezogene Front, wenn nicht wieder gekürzt, so doch mindestens nicht einer weiteren Spannung ausgesetzt wird.

Aber auch andere Momente können bei einer Angriffsänderung eine bestimmende Rolle spielen, so besonders der sich versteinende Widerstand auf einem der Keilschenkel und die dadurch bedingte Gefahr einer Planierung der an der Keilspitze operierenden Gruppen. Die Notwendigkeit der Schaffung eines hinreichenden Flankenschutzes unserer bis an die Marne vorgeschobenen Kräfte ergab sich zunächst auf unserer westlichen Flanke, wo General Petain alle ihm in den nachbarabschnitten zur Verfügung stehenden Kampfmittel zusammenwarf,

um sie, entsprechend dem Operationsplane des Generalissimus Foch, zum Gegenangriff im Raume von Soissons einzusetzen. Es sich dieses nachfolgende Mittel, dem deutschen Vorwärtstommen Schwierigkeiten zu bereiten, als strategisch richtig erweisen wird, muß abgewartet werden, bis sich die Folgen unseres Vormarsches zu beiden Seiten des Ourcq übersehen lassen werden. Einstweilen kann Foch der Gegenstoß bei Soissons höchstens eine gewisse taktische Erleichterung bringen. In dem Maße, wie die Armer Hutier an der Oise an Boden gewinnt und unsere an der Ourcq operierenden Truppen in westlicher Richtung vorstoßen, gerät der Franzose bei Soissons in eine gewisse Sackgasse.

Durch die Umbildung des Marne-Abschnitts Chateau-Thierry-Dormans zu einer Defensivflanke ist unsere Heeresleitung in der Lage, ohne Schwierigkeit eine Aenderung der Angriffsrichtung eintreten zu lassen, und der zunehmende Raumgewinn auf dem westlichen Schenkel, wo wir bis an den Ostrand des Waldes von Villers-Cotterets vorgestoßen sind, während südlich der Oise bei Charlepoint und Moulin-sous-Touvent der letzte Rest unserer Linie vor der großen Käumung des Frontbogens Arras-Soissons erreicht wurde, ein Beweis für die völlige Operationsfreiheit, die wir durch unsere Festsetzung auf den Höhen des Marneufers gewonnen haben.

Zwischen Oise und Marne.

Französischer Heeresbericht vom 2. Juni nachmittags. Der deutsche Druck dauerte mit großer Stärke an der Front zwischen Oise und Marne an. Die äußerst heftigen Versuche am Nordrand des Waldes von Charlepoint und Moulin-sous-Touvent wurden aufgehalten. Die französischen Truppen haben den Feind nördlich von diesen Orten zurückgeworfen. Mont de Choisy, viermal von den Deutschen angegriffen und von ihnen genommen, wurde von neuem durch die Vajonette der französischen Soldaten zurückerobert, welche es behaupteten. Zwischen Biezy und Ourcq bemächtigten sich die Deutschen der Dörfer Longpont, Courcy, Faverolles und Trones, aber durch einen energischen Gegenangriff eroberten die französischen Truppen diese Ortschaften neuerdings zurück. An der Marne haben die Deutschen die Höhen westlich von Chateau-Thierry erreicht. Die Franzosen hielten den am linken Ufer gelegenen Teil der Stadt. Heftige Kämpfe fanden an der Straße Dormans-Reims statt, welche die Deutschen südlich von Oilly, Violanes und Ville en Tardenois ein wenig überschritten. An der Front von Reims keine Veränderung.

Französischer Heeresbericht vom 2. Juni nachts. Die Schlacht geht weiter. Während des ganzen Tages haben unsere Truppen namentlich

von der Gegend der Ourcq bis zur Marne,

wohin der Feind seine Hauptanstrengungen richtete, den Stoß der deutschen Truppen mit zäher Tapferkeit ausgehalten. Die Deutschen haben sich von neuem Faverolles bemächtigt, aber alle ihre Angriffe auf Corch und Troesnes sind gescheitert. Im Westen von Reuilly-Saint-Front warfen unsere Gegenangriffe den Feind auf Passy-en-Vallée zurück. Die Höhe 108 unmittelbar westlich von diesem Ort wurde nach erbitterten Kämpfen von unseren Truppen zurückerobert. Weiter südlich an der Front Torcy-Bonoches wurden zwei feindliche Angriffe hintereinander gedrohen. Auf unserem rechten Flügel haben wir Champplat zurückgenommen und in der Richtung Ville-en-Tardenois Boden gewonnen. Sonst ist die Lage überall unverändert.

Französischer Bericht vom 3. Juni nachmittags. Die französischen Truppen setzten gestern Abend ihre Gegenangriffe an der ganzen Front einschließlich der Strecke zwischen Ourcq und Marne fort, wobei sie an mehreren Stellen Fortschritte machten. Heftige Angriffe beiderseits der Straße Chateau-Thierry-Paris gipfelten im französischen Feuer südlich von Boursches. Ueberall sonst wurden die französischen Stellungen gehalten. Die Verluste, die der Feind bei diesen Geschehnissen erlitt, waren schwer. Die Franzosen machten etwa 100 Gefangene.

Paris, 2. Juni. (Davas.) "Matin" meldet: Ueber der Banneville entspann sich heute Nacht ein heftiger Kampf gegen deutsche Fluggeschwader. Einem einzigen Flugzeug gelang es, durchzubrechen; es warf eiligst seine Bomben ab. Vier Personen wurden schwer verletzt.

daß die Angleberung dieses Landtags an Preußen droht. Dieses Gerücht wird jedoch von der Virensfelder "Landeszeitung" demontiert. Tatsächlich hat die Oldenburgische Staatsregierung mit den Mitgliedern des Landtags und einigen weiteren Stellen Rührung genommen, um die Frage einer grundlegenden Reorganisation der durch den Wiener Kongreß geschaffenen Verhältnisse unverzüglich zu erörtern. Entscheidende Entschlüsse seien aber noch nicht gefaßt, insbesondere schwebten auch mit Preußen hierüber keine Verhandlungen. — Ein Wink für unsere Amerikaner, daß ihnen noch außerhalb Deutschlands ein so großes Tätigkeitsgebiet winkt.

Die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in England haben zwei keine Anfragen der Abg. Dr. Fischer und Dr. Vell zum Gegenstand. Beide Anfragen gehen davon aus, daß auf Grund zuverlässiger Nachrichten die Zustände in den englischen Gefangenenlagern zusehends härter und unerbittlicher werden. Insbesondere wird die Ernährung immer unzureichender, aber auch die sonstige Behandlung läßt zu wünschen übrig.

Landtag und Wahlreform.

Der „Volkbund für Freiheit und Vaterland“ hielt gestern Abend in den „Germansalalen“ eine Versammlung ab, die von Prof. Franke mit dem Wunsch eröffnet wurde, daß der unheilvolle schwebende Zustand der Wahlrechtsfrage das Ende der Entscheidung finden möge.

Als erster Redner sprach der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Blankeburg. Er glaubt, daß die vierte Lesung der Vorlage auch kein anderes Resultat liefern könnte, als die vorhergehenden. Selbst mit dem Zweistimmwahlrecht ist es den konservativen nicht ernst, denen es nur darum ankommt, daß „alles verunreinigt wird“. Die Zustimmung für Schhaftigkeit würde eine Prämie für das breite Gesetz bedeuten. Es gibt keine andere Lösung als das gleiche Wahlrecht, sollte seine Einführung nicht anders als durch Auflösung zu erreichen sein, so würde es darüber nicht sprechen, wenn auch ein Wahlkampf während des Krieges nicht zu den Annahmlichkeiten gehört. Wir müssen Respekt haben vor der namenlosen Masse, sie bildet den Grundstock der Zukunft Deutschlands, zu dem wir Vertrauen haben können. Geben wir dem Volke das gleiche Wahlrecht, es wird sich selber richtig zeigen! (Beifall.)

Der zweite Redner, der Reichstagsabgeordnete Dr. Hartmann der Reichs-Deutscheren Gewerksvereine, führte aus, daß es einen stichhaltigen Grund gegen das gleiche Wahlrecht nicht gibt. Wird das

Wahlrecht wieder abgelehnt, so gibt es keine andere Möglichkeit für die Regierung, als das Abgeordnetenhaus aufzulösen.

Der christliche Verbandssekretär Streiter schloß sich den Ausführungen des Vorredners an. Vor einer Neuwahl während des Krieges brauchen wir uns nicht zu fürchten, es hat bei den letzten Reichstagswahlen weder rote noch verwundete gegeben, also werden wir auch bei den Landtagswahlen keine Verlustlisten zu erwarten haben.

Generalsekretär Kemmers erklärte für die Interessengemeinschaft der deutschen Beamten, daß die Mehrzahl der deutschen Beamten auf dem Boden der Regierungsvorlage stehen. Er wies mit Entrüstung die Verdächtigung Debedrands zurück, der vom gleichen Wahlrecht die Auflösung der Pflichten der Beamten erwartete. (Lebhafter Beifall.)

Zuletzt sprach Genosse Hirsch; wegen der vorgeschrittenen Zeit sagte er sich ziemlich kurz. Deutschland wird im Ausland mit Preußen und dieses wieder mit seinen Junkern identifiziert. Der Zusammenbruch des Junkertums in Preußen wird viel dazu beitragen, die Meinung des Auslandes über uns zu unseren Gunsten zu wandeln. Sollte die Reaktion noch einmal einen Putschversuch feiern, so wird sie daran keine lange Freude haben. Es wird für die Regierung nichts mehr übrig bleiben, als die nachmalige Abhebung der Vorlage mit der sofortigen Auflösung zu beantworten. Sie darf sich nicht darüber täuschen, daß das Vertrauen zu ihr im Schwinden begriffen ist. So sah wie die Reaktion an ihren Vorrechten festhält, so sah kämpfen wir um die Erreichung unseres Zieles: das gleiche Wahlrecht! (Lebhafter Beifall.)

Zum Schluß wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die feierliche zögernde Behandlung der Wahlrechtsvorlage durch Regierung und Abgeordnetenhaus hat im Volke eine starke und berechtigende politische Erregung hervorgerufen. Sie kann nur durch eine klare Entscheidung für das gleiche von jeder Einschränkung freie Wahlrecht behoben werden. Deshalb ist die Wiederherstellung des 83 der Regierungsvorlage, nach der jeder Wähler eine Stimme haben soll, Erfüllung einer dringenden vaterländischen Pflicht, den heftigen Kämpfen an der Front und den Wählern in der Heimat das vor einem Jahr feierlich versprochene neue Staatsbürgerrecht nicht länger vorzuenthalten, sondern es schleunigst zur Durchführung zu bringen. Wir erwarten, daß die Regierung ihren Entschluß, das Wahlrecht nötigenfalls durch eine Auflösung zu erzwingen, ausführt und daß dann für den Wahlkampf alle Freunde des gleichen Wahlrechts eine geschlossene Front bilden werden.

Parteinachrichten.

Die Denkschrift der „Interalliierten Sozialistenkonferenz“.

Die Denkschrift der Interalliierten Sozialistenkonferenz, die der Genosse Pranting zusammen mit einem vom 10. März datierten Schreiben von Huhman und Vanderveelde am 29. April in Stockholm abhandelt, ist dem Parteivorstand am 3. Juni zugeleitet worden. Wie bereits in der letzten Sitzung des Parteiaususses mitgeteilt wurde, hatte der Parteivorstand vor kurzem den Text von anderer Seite bereits erhalten.

Das gleiche Wahlrecht ist das Zeichen!

In Liegnitz wurde dieser Tage eine von rund 1000 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung abgehalten, in der Genosse Dietrich-Greslau über das Thema „Die Zukunft Deutschlands“ sprach und mit dem Friedens- und Wahlrechtsgegner wieksam abrednete. Die Versammlung gab ihrer Stimmung durch einstimmige Annahme einer Entschließung Ausdruck.

Schon vor einiger Zeit hatte in Liegnitz eine Versammlung getagt, die sich mit dem gleichen Thema beschäftigte. Der Antrag auf dieser Versammlung war so faßl, daß nur etwa ein Drittel der erschienenen im Versammlungsstofl Platz fanden.

Im Wahlkreis Liegnitz-Goldberg-Saganau sind in letzter Zeit drei weitere gut besuchte Volksversammlungen abgehalten worden (in Saganau, Goldberg und Harperdorf), in denen ebenfalls unter Reichstagsabgeordneter Genosse Dietrich über die Friedens- und Wahlrechtsfrage redete. Eine Resolution, die sich für den Verdrängungsstreifen sowie für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einsetzt, fand auch in diesen Versammlungen einstimmige Annahme.

In Lubenau fand am Sonnabend eine Versammlung statt, in der der Reichstagsabgeordnete Hermann Müller über „Krieg — Krieg — Wahlrecht“ sprach. Die Versammelten bewilligten dem Redner, der die sofortige Auflösung des Abgeordnetenhauses verlangte, lebhaften Beifall.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftskalender.

Die Filter- und Brantchnische Maschinenfabrik Mt. Wes. vorm. L. A. Enzinger, Berlin und Warschau wird nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen die Verteilung von 8 Proz. Dividende (im Vorjahre 6 Proz.) verteilen.

Einführung des Franken als Münzeinheit in Rußland.

Der Petersburger „Dien“ teilt mit, daß der Finanzminister beschlossen hat, den Franken als Münzeinheit zu empfehlen, wodurch der Nennwert des Rubels auf einen Franken herabgesetzt wird. Gleichzeitig soll das Dezimalsystem eingeführt werden.

Englischer Gummihandel und U-Boot-Krieg.

Ein von der rauhen Haut des U-Boot-Krieges erschauerter Erwerbszweig ist auch der englische Gummihandel. Der gewaltig gestiegene feindliche Bedarf an Rohgummi für die Fabrikation von Autobereifungen, Zellulose, Wollwärmeln und Stiefeln u. a. hat mit der Schiffraumnot als marktherrschendem Faktor nicht genügend gerechnet. So vollzog sich auf diesem Gebiet eine ähnliche Entwicklung, wie wir sie bereits beim überseeischen Handel mit Getreide, Fleisch, Wolle, Fett erlebten. Wertvolle Rohstoffvorräte häuften sich jenseits des Weltmeeres in den Gummierzugungsländern an und können aus Mangel an Transportmöglichkeiten nicht in der erforderlichen Menge nach Europa gebracht werden. Um die Ueberproduktion und die Entwertung ihrer Plantagen zu bekämpfen, verfaßten die englischen Pflanzerverbände im Einvernehmen mit der britischen Regierung, die Gummierzugung für 1918 um 20 v. H. einzufrieren. Diese Maßregel schlug fehl, weil die holländischen Kolonien mit Hilfe amerikanischer Händler das Abkommen durchbrochen und unter Umgehung des einst beherrschenden Londoner Gummimarktes direkte Geschäftverbindungen mit den Vereinigten Staaten, dem Hauptabnehmerland für Gummi, anknüpften. Londons Anteil am Weltgummihandel, der 1914 rund 55 v. H. betrug, ging infolgedessen 1916 auf 44 v. H. und seitdem erheblich weiter zurück. Andererseits stieg der Gummiverbrauch in den Vereinigten Staaten im Jahre 1917 auf nicht weniger 68 v. H. der Weltzeugung, auf 175 000 Tonnen, gegen 50 v. H. im Jahre 1914, obwohl er bereits damals um 20 v. H. gegen das Vorjahr gestiegen war. Die Gummi erzeugenden Kolonien sind eben bestrebt, das Risiko der Schifffahrt im Sperrgebiet zu meiden und direkt nach nordamerikanischen Häfen zu liefern. Auch die Japaner wollen sich von London unabhängig machen und haben in holländisch-Indien große Gummipflanzungen erworben.

Die Furcht vor der deutschen Petroleumkonkurrenz.

„Wall Street Journal“ schreibt: Vor einem Jahre erlangte Deutschland die Kontrolle über die rumänischen Petroleumfelder; durch die lokalen Ereignisse in Ost-Europa hat es die russischen Petroleum-Quellen in seine Gewalt gebracht. Die nächste Folge ist, daß das Europa des Verbandes nur auf Amerika als Petroleum-abgeber angewiesen ist. Allerdings war dies schon seit Abiperrung der Dardanellen der Fall, aber trotzdem hoffte man bisher immer noch, von Rußland wieder Petroleum zu erhalten. Im letzten Jahre 1917 war Amerika mit 63 Proz. an der Weltproduktion beteiligt; im Jahre vorher mit 65 Proz. Wenn man von Mexiko, welches die englische Flotte mit Petroleum versorgt, absieht, so beherstet Amerika jetzt den Petroleummarkt. Sollte Deutschland Mittel und Wege finden, Schweden und Norwegen, denen die Vereinigten Staaten im Jahre 1916 11 bzw. 84 Millionen Kub. Fuß Kohlen lieferten, mit Petroleum zu versorgen, so wäre das ein beträchtlicher Ausfall für die Vereinigten Staaten.

Letzte Nachrichten.

U-Boot-Angriff auf eine Fischerschiffe.

London, 3. Juni. Reuter. Aus Belfast wird telegraphisch, daß ein deutsches U-Boot am Donnerstagabend an der Küste der Graffschaft Down eine Flotte von kleinen Fischerschiffen angriff. Den Befehlungen wurde der Befehl gegeben, in ihre Boote zu gehen. Darauf ging ein Regen von Geschossen auf die Fischerschiffe nieder. Von der aus 80 bis 40 Schiffen bestehenden Flotte wurden 12 verunglückt. Der Rest verdankte seine Rettung dem Umstande, daß das U-Boot bei seiner Arbeit gescheitert wurde und rasch tauchte.

Die spanische Epidemie.

London, 2. Juni. Das neuterische Bureau meldet aus Madrid vom 2. Juni: Die unheilvolle Epidemie, die vor etwa 14 Tagen in Madrid aufbrach, hat sich mit rascher Schnelligkeit ausgebreitet. In Madrid allein sind über 100 000 Personen daran erkrankt, und die Zahl der Kranken nimmt noch täglich zu. Die Epidemie hat bereits nach den meisten Provinzhauptstädten und nach Marokko übergegriffen, wo sie die spanische Garnison ergriff. Sie hat sich namentlich in den dichtbesiedelten Distrikten so rasch verbreitet, daß die öffentlichen Dienste dadurch ernstlich in Frage gestellt werden. Gestern starben an der Krankheit 111 Menschen, während der letzten Tage ungefähr 700. In allen Fällen mit tödlichem Ausgang handelt es sich um Komplikationen. Gesunde Personen gehen in vier bis fünf Tagen. Für Menschen mit schwacher Gesundheit, vor allem für Kleinkind- und Lungenerkrankende, ist die Krankheit gefährlich.

Der Laubkolonist.

Die Arbeiten im Juni.

Gleichwie im vorigen Jahre, so bringt uns auch in diesem Jahre das späte Frühjahr ein dem Gartenbau recht ungünstiges, weil zu trocknes Wetter. Jede freie Stunde, die heute dem Laubkolonisten zur Verfügung steht, muß durch eifriges Gießen ausgenützt werden. Ein Nachlassen seiner sorgenden Tätigkeit für seine Pflanzen darf nicht vorkommen, sonst ist der ganze Erfolg in Frage gestellt. War der Mai schon so außergewöhnlich trocken, der Juni wird uns schwerlich anderes Wetter bringen. Also müssen wir die Gießpläne schwingen zu jeder freien Stunde, sei es am Abend, sei es am Morgen. Da ja gewöhnlich in Meilen getät und gepflanzt wird, kann die Birkung des Gießens durch eine einfache und leichte Tätigkeit geleistet werden. Zu diesem Zweck werden zwischen den Reihen der Gemüspflanzen mit einer Hacke entsprechend tiefe Rillen gezogen, diese mehrmals mit Wasser gefüllt und dann wieder geschlossen. Dadurch geht kein Tropfen Wasser verloren, alles kommt reiflos dem Wurzelwert zugute, da das Erdreich vorzüglich trocken und unterhalb der Rillen ausgiebig getränkt wird. Die lockere, mehr trockene Erdoberfläche, die dann wieder die Rille füllt und das ganze Beet abdeckt, gleicht einer gut bewässerten Jollerstraße zwischen dem weiten feuchten Erdreich und der heißen, trockenen Luft. Auf diese Weise geht die Pflanze in ganz anderer Weise von der ihr gegebenen Feuchtigkeit, wie man bald bemerken wird. Ein schnelles Verdunsten des Gießwassers ist so ganz unmöglich, zudem wird noch die schädliche Krustenbildung an der Erdoberfläche verhindert. Wie immer von oben gegossen wird, und so die Erde bald fest und geschlossen wird, ist ein öfteres flaches Hacken durchaus nötig, besonders im schweren, lehmigen Erdhoden.

Was der Juni an Ansäen mit sich bringt, ist eigentlich gering. Bis etwa zum letzten Drittel des Monats lege man noch Aufsaatbohnen, schnell wachsende und früh tragende Sorten, wie die gute „Saxa“ oder die alte, doch hier bewährte „Schwarze Kasper“. Diese Ansäen bringen im Anschluß an die zuerst ausgeäten fortlaufende Ernten bis zum Eintritt des Herbstes. Auch Pflanzbohnen werden noch im Juni ausgeät, ebenfalls nur Sorten, die ein schnelles Wachstum haben und bald ihre Früchte bringen. Zu diesen gehört vor allen Dingen die vorzügliche „Saxa“ und die gut erprobte „Allerfrüheste Mai“. Nicht minder empfehlenswert ist eine Ansäat von frühen Karotten, wie „Pariser Treib“, „Dumfries“ oder „Rantes“. Sie bilden sich bis zum Herbst noch gut aus und geben dann ein junges, ganz vorzüglich schmeckendes Gemüse. Wer Radlessen mag, kann diese noch ansäen, in Zwischenräumen von etwa 14 Tagen, keine Partien, die dann für diese Zeit genügen. Ein leicht schattiger Platz und recht frischer Erdhoden sind für die Sommeransäen des Radlessens auszuwählen. Zur laufenden Anpflanzung sind auch noch Kohlrabi und Kopfsalat, sowie Orkohl auszuwählen. Im übrigen ist die Ansäatzeit vorüber.

Zur Anpflanzung kommen im Juni alle späten Kohlsorten, dazu auch der Rosenkohl zu rechnen. Dieser wird noch zu wenig angebaut, ist er doch eines der wohlschmeckendsten Wintergemüse. Sodann wird Sellerie, Porree und zum Schluß der letzte Rest der Tomaten gepflanzt. Letztere müssen aber baldmöglichst am Monatsanfang an Ort und Stelle kommen. Ja, wer veräumt hat, Gurken und Kürbis an Ort und Stelle schon im Mai anzusetzen, mag sich jetzt noch kräftige Pflanzen davon verschaffen und diese sorgsam, mit gutem Salzen anpflanzen. Aber gleich wie für die Tomate, ist auch für die Gurke der sonnigste und wärmste Platz auszuwählen, besonders soll er vor kalten Winden geschützt sein. Jetzt in dieser trockenen, heißen Zeit ist es ratsam, die eben gepflanzten Tomaten, Gurken und Kürbisse durch keine Laubweige vor den sengenden Sonnenstrahlen zu schützen, um ein zu starkes Welken zu verhüten. Die Weige werden auf der Sonnenseite so vor die Pflanzen in die Erde gesteckt, daß sie seitlich und von oben guten Schatten spenden. Auch das Ueberhäuten leerer, größerer Blumentöpfe während der heißen Tagesstunden tut gute Dienste. Dabei muß natürlich durch Gießen und mehrmaliges Spritzen für gute Feuchtigkeit gesorgt werden, um das Anwachsen zu fördern.

An sonstigen laufenden Arbeiten bleibt wie im Mai das Gießen und Hacken die Haupttätigkeit. Heranwachsende Kohlsorten werden zurzeit behäufelt, desgleichen auch Busch- und Stangenbohnen, sowie die späten Karotten. Was das Gießen der Bohnen betrifft, muß noch darauf hingewiesen werden, daß diese kaltes Wasser nicht gut vertragen. Man gieße daher mit abgekandem, erwärmtem Wasser, sofern das irgend möglich ist. Übrigens ist es auch besser, nicht mit der Brause zu gießen und das Wasser auf die ganze Pflanze zu bringen. Viel vorteilhafter ist das Gießen mit dem Rohr in gezogene Rillen, wo schon behäufelt, in die Furden. So wird einmal das Wasser besser ausgenützt, dann aber auch wird das Erkälten der Pflanzen vermieden, das durch Ueberbrausen mit kaltem Wasser so leicht vorkommt. Abgestohene Ähren, Blüten und junge Früchte ist das Zeichen der schädlichen Einwirkung des kalten Wassers. Tomaten sind, sobald sie in

guten Wuchs kommen, an einen zirkel meterhohen Pfahl zu binden. Sie sind nur eintrieblich zu gießen, alle ercheinenden Nebentriebe sind bald auszubrechen. Die heranwachsenden Erbsen sind mit stützenden Reifern zu versehen, nicht zu spät, damit sie vom Winde nicht umgeworfen werden. Erdbeerbette, die jetzt in vollem Fruchtbestand stehen, sind hart zu gießen, damit sich alle Früchte gut entwickeln. Ein Jauchen ist jetzt zu unterlassen, da dadurch der Geschmack der Früchte verleidet wird. Wo junge Pflanzen nicht gewünscht werden, sind alle ercheinenden Ranken bald abzuschneiden. Der Ahabarber muß gut gepflegt werden, ihm muß durch starkes Gießen und öfteres Jauchen das Wachstum begünstigt werden. Bei der Ernte der Stiele sind stets nur höchstens ein Drittel der vorhandenen Blätter zu brechen, um die Pflanze nicht zu sehr zu schwächen. Im allgemeinen ist im Gemüsegarten jegliches Unkraut zu vertilgen und jegliches Ungeziefer. Im Juni macht sich der Kohlwickling unangenehm bemerkbar. Ihm gilt reiflicher Kampf. Es wäre verfehlt, damit zu warten, bis die jungen Rümpfen herumwachsen, die Vernichtung muß vielmehr schon dann beginnen, sobald die ersten Eiergelege zu sehen sind. Der Kohlwickling selbst macht uns das ja so bequem. Er legt die hochgehenden, länglichen Eierchen, höchst in größere Häufchen geordnet, dicht auf die Kohlblätter, wofürst sie ein Fingerdruck vernichtet. Nur oftmals, jorajames Nachsehen ist nötig.

Die Dbstäume lassen gleichfalls nach Wasser. Ihnen ist dieses reichlich zu geben. Im Baum und Strauch sind tiefe Gießränder herzustellen und die so entstandenen Vertiefen mehrmals mit Wasser zu füllen. Ein kleinerer Baum kann 4—5, auch 6 und mehr große Kannen Wasser erhalten. Ist dieses alles eingezogen, dann wird der Gießrand wieder geebnet. So hat der Baum für acht Tage genug. Lieber einmal seltener, aber recht kräftig gießen als oft aber wenig. Denn sonst kommt das Wasser gar nicht bis zu den Wurzeln. Besonders sorgsam sind in dieser Weise frisch gepflanzte Obstbäume und Beerensträucher zu pflegen. Haben Apfel- und Birnbäume sehr reichlich Früchte angelegt, so wird ein Ausdünnen nötig werden. Dabei werden alle kleinen und krüppeligen Früchtchen ausgebrochen. Es ist besser, daß der Baum nur ein Drittel der Früchte behält, die er gut ausbildet, als daß er alles weiterträgt und nur zu mangelhafter Entwicklung bringt, ja später selbst zum größten Teil abwirft. Die heranreifenden Früchte der Erdbeeren, Kirichen und später der Himbeeren sind gegen Spagen und Ameisen zu schützen. Besonders den Spagen gelte der Kampf. Er ist ein ganz gefährlicher Schädlings und sollte auf das schärfste vertilgt werden. Der von ihm angerichtete Schaden läßt sich in Zahlen gar nicht ausdrücken. Reichttragende Bäume und Wäse sind durch Jauchen zu stärken. Die gute Ausbildung der Früchte wird dadurch gefördert. Langsam beginnt nun auch der Sommerantritt der Obstgehölze, besonders bei dem Formobst. Lange, lippige Triebe werden bis auf $\frac{1}{2}$ — $\frac{3}{4}$ ihrer Länge gekürzt, zu dicht stehende werden gelichtet, schwache dagegen weniger oder gar nicht beschneiden. Die Leittriebe, also die Verlängerung der Äste, werden — besonders beim Formobst — lang gelassen, höchstens entspitzt. Schwachwachsende Binde man möglichst senkrecht, starkwachsende aber wagerecht. So wird das Wachstum des Baumes geregelt und in Grenzen gehalten. Weinreben sind so zu schneiden, daß alle tragenden Ranken bis auf das 2. Blatt über der obersten Traube gekürzt sind. Schwache Reben bis auf zwei Blatt auf die Basis zurücknehmen. Die sich bald entwickelnden Nebentriebe der diesjährigen Ranken sind bald bis auf ein Blatt zu kürzen. Im übrigen ist auch beim Obstbaum rege Aufmerksamkeit auf die Bekämpfung des Ungeziefers zu richten. Sie ist heute so viel schwieriger, da beinahe alle Bekämpfungsmittel ausgegangen sind. Die Hauptsache bleibt die Vorhütung; man bestreue sich vor allem, den Baum stets in fröhlichem, gesundem Wachstum zu erhalten. Er widersteht so Ungeziefer und Krankheiten viel besser, als wenn er krüppelt. Und auch guten Weidegen gehört wie überall gute, reichliche Nahrung und Wasser.

Blumenpflege. Dem Fliederbusch nehmen wir alle braunen, verblühten Blütenstände, worauf sich die jungen Triebe besser entwickeln und gute Blütenknospen treiben. Verblühte Staudenblumen müssen etwas zurückgeschnitten werden. Die Rosen kommen nun alle in Flor. Die abgedulhten Triebe werden bald um ein Drittel bis um die Hälfte gekürzt, um die Pflanze zu neuem Trieb anzuregen und ihn möglichst niedrig und buschig zu halten. Auch auf den Blumenbeeten ist peinlichste Sauberkeit notwendig. Und erst durch reichliche Wässerung wird auch hier ein gesundes Wachstum und ein reiches Blühen gewährleistet.

Trübners Nachlaß.

In dem Auktionshaus von Lepke (Potsdamer Str. 122a u. b) ist der Nachlaß Wilhelm Trübners zu beschichtigen: Bilder, die er gemalt, andere, die er als sich verwandt geliebt, und mancherlei Möbel und seidene Stoffe, wie er sie durch Jahrzehnte hindurch gesammelt hat. Man kann einen Blick tun in die abgeschlossene Welt eines feines Sonderdaseins sich bewußten Menschen. Man erlebt den Künstler. Das ist das Ergreifende an solch einem Nachlaß. Alles, was nunmehr hier veräußert steht, auch das Geringste, hat einmal dazu beigetragen, den Künstler, der es täglich ansah

und mit ihm zusammen atmete, aufzubauen. Des Künstlers eigene Werke waren durch die Ganzheit dieser Welt auseinanderfallenden Sammlung schöner und seltener Dinge hindurchgegangen.

Alle diese Dinge verraten etwas von des Künstlers suchender Leidenschaft: so wie sie sind, war er. Dunkle Samte, rote Damaste, schwere Schränke, dazu Granach und andere mannafte Deutsche, auch Holländer. Stets: reifes Handwerk und gehobene Würde. Ein wenig Neigung zum Repräsentativen und Pompösen. Nicht ganz ohne Erinnerung an das geschichtliche Wissen der Akademie und an den Halsbänder des Meisters von Chebean. Kein Japan, kein stübes Orleantum, keine Krimtitiven, keine Exoten. Keine Franzosen. Deutscher kann man gar nicht beständig bekommen, was Wilhelm Trübner, trotz aller seiner lebhaften Experimente, schließlich doch von den jüngeren Generationen getrennt und zu einem Meister früherer Tage gemacht hat. Er hatte noch Entfaltungsfähigkeiten, die ihn an die Renaissance und den Barock knüpfen. Dennoch hat er sich von Paris, von Courbet u. Monet, beflügeln lassen.

Zu den reizvollsten seiner Jugendarbeiten gehören die letzten Andeutungen Regender, ganz in Grau gebetteter, mit ein wenig rosa lustig gemachter Frauenakte. Von dem einen sind nur die Beine zu sehen. Ein anderer zeigt, wem Vergnügen der Jüngling an Strümpfen nahm. Aber dann ist er langsam doch Professor geworden. Er hat sogar richtige, der höheren Götterlehre genügende Kompositionen, Prometheus und dergleichen, hergestellt. Diese Stücke werden sehr schnell vergessen sein. Schon heute wirken sie als Fremdkörper. Der früheste und der letzte Trübner, der ganz dunkle und der schmetternd grüne, das waren wahrhaft Maler. Der Nachlaß bestätigt das. Es hat beinahe etwas Gemisches, wie dieser allerletzte, farbige aufstrebende Trübner Vergangenen und Herkunft verneigt. Überwindet, fast möchte man sagen, niederschlügt. Einer, der sich selbst heimlich macht. In diesen Jahren muß es ihm mitunter zwischen seinen Damasten und Samten ganz seltsam, beinahe etwas titanenhaft vorgekommen sein.

A. Br.

Chateau-Thierry.

Der Hauptort des Teiles des Marne-Tales, den der Vormarsch der deutschen Truppen erreicht hat, ist Chateau-Thierry. Er hat seinen Namen von dem berühmten Schloss, das Karl Martell im Jahre 790 für den König Thierry IV. erbaut hat und das im Laufe von elf Jahrhunderten über unzählige Male belagert und erobert, zerstört und neu aufgebaut worden ist. Noch heute beherrscht es von seinem Hügel die Stadt, noch heute bildet es die größte Sehenswürdigkeit — aber das einst so mächtige und feste Wehrlager ist jetzt nur noch eine Trümmerstätte, wichtiger vielleicht gesagt: ein Park mit Ruinen.

Die Uferpromenade und die Haupt- und Geschäftsstraße von Chateau-Thierry: das sind die beiden Verkehrsadern und der Lieblingssaufenthalts der Bürger der hübschen Stadt. Denn hier ist Chateau-Thierry, obgleich es an einer der wichtigsten französischen Bahnstrecken und einem verkehrspolitisch sehr bedeutenden Wasserlaufe liegt. Es umfaßt nur gegen 8000 Menschen, es nährt sich allein als der natürliche Mittelpunkt des Handels der umliegenden Landschaften.

Aber die Stadt hat nicht nur ihr Schloss und ihre reichbewegte militärische Geschichte, sondern sie hat auch ihren literarischen Ruhm. Und der heißt La Fontaine. Frankreichs großer Fabeldichter ist in Chateau-Thierry geboren, wo sein Vater, Meister der Porzellan- und der Gewässer war. Noch zeigt man sein Geburtshaus; es ist ein kleines Gebäude von vornehmer Haltung, dessen Hof durch ein Gitter von der Straße abgeschlossen ist. Im Hintergrunde dieses Hofes befindet sich La Fontaines Elternheim, das man jetzt zu einem kleinen Museum eingerichtet hat. Als er hier seine Jugend verlebte, trug Chateau-Thierry freilich noch ein ganz anderes Gepräge als heut, und vor allem stand damals noch das mächtige Schloss mit seinen zahllosen Gängen, Hallen und Sälen in der ganzen Kraft seiner Mauern und Türme.

Notizen.

— Berliner Theaterfreudigkeit. Am Sonnabend gab es in Berlin zwei Ur- und eine Erhaufführung — außerdem zwei Renaissanceüberungen. Eine Duettenpremiere wurde ebenfalls vertrieben. Im Schillertheater O. ergrünte Lohar Samidis schon angeführte Komödie „Der Leibalte“ durch die burleske Fabelhaftigkeit des prächtigen alten Hauses, den Heinz Senger vorzüglich traf. Die „Künig Frankfurter“, Möllers erfolgreiche, aber keineswegs wertvollste Schöpfung, erstreute Jnd und Christ im Königgräberpark-Theater, trotz oder wegen seiner Sentimentalität. Valtenberg, der übrigens in einer besonderen Schrift als Entdecker einer neuen Ideen-Schauspielkunst gefeiert wird, gewann mit seinem böhmischen Unikum Jawabli („Familie Schmed“) im Deutschen Theater) neue Anhänger, aber man würde ihn gern auch mal in einer neuen Sommerrolle sehen.

— Unser letzter Roman „Pioniere“ von E. Dibring der durch seine Naturfrische viel Beifall gefunden hat, ist als Buch im Verlage von Neuenhauer in Weimar erschienen.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Reymont. Erstes Buch.

L.

Lodz erwachte.

Der erste schrille Pfiff einer Fabrik zerriß die Stille des frühen Morgens. Aus allen Enden der Stadt begannen andere immer greller sich loszureißen und gestellten mit ihren heiseren, ungebändigten Stimmen wie ein Chor von ungeheuerlichen Hähnen, aus deren metallenen Kehlen sich der Ruf zur Arbeit losringt.

Die langen, schwarzen Rämpfe und die schlanken Hälse der Miesenfabriken — die Schornsteine sahen bei Nacht, im Nebel und Regen ganz gespenstisch aus — erwachten langsam; sie spien Feuergeraden, atmeten Rauchschwaden aus, begannen zu leben und sich in der Dunkelheit, in die die Erde noch gehüllt war, zu bewegen.

Ein dünner Sprühregen, ein richtiger Märzregen, vermischt mit Schnee, fiel ununterbrochen hernieder und umgab Lodz mit einem säwernen, klebrigen Dunst. Er trommelte auf den Blechdächern und sloß von ihnen herunter direkt auf den Bürgersteig, auf die schwarzen und mit schlüpfrigem Kot bedeckten Straßen, auf die nackten, an lange Mauern sich anschmiegenden Bäume, die vom Wind gezaust vor Kälte erzitterten. Der Wind löste sich irgendwo von den aufgeweichten Feldern los und wälzte sich schwer durch die schmutzigen Straßen der Stadt, rüttelte an den Bäumen und Dächern, verwehte in den Pfützen, heulte in den Baumzweigen und peitschte sie gegen die Scheiben eines niedrigen Parterrehauses, in dem plötzlich ein Licht aufstammte.

Barowiecki erwachte, zündete eine Kerze an, und gleichzeitig begann ein Wecker schrill zu läuten. Der Zeiger stand auf fünf Uhr.

„Matthias, den Tee!“ schrie er dem eintretenden Diener zu. „Alles steht bereit.“ „Schlafen die Herren noch?“ „Ich werde gleich wecken gehen, wenn Herr Direktor es befehlen, denn Herr Moritz sagte mir gestern Abend, daß er heute länger schlafen will.“ „Gut wecken.“ „Sind die Schlüssel schon abgeholt?“ „Schwarz war selbst da.“ „Hat jemand nachts telephoniert?“ „Kunke hatte Nachtdienst, hat mir aber beim Weggehen nichts gesagt.“

„Was hört man in der Stadt?“ fragte er rasch, sich schnell anziehend. „Ja, nichts, bloß auf dem Gajer Markt, da haben sie einen Arbeiter erstochen.“ „Genuß, scher dich weg.“ „Ja, da ist noch die Goldbergsche Fabrik in der Flegelstraße abgebrannt. Unsere Feuerwehre fuhr hin, aber alles ist gut abgelaufen. Nur die Mauern sind übriggeblieben. In der Darre brach das Feuer aus.“

„Noch etwas?“ „Nein, nichts mehr, alles ist fein abgelaufen — wie gewohnt.“ Matthias lachte glucksend. „Schenk mir Tee ein, ich werde selbst Herrn Moritz wecken.“ Er zog sich an und ging durch die anstößenden Zimmer. Im Wohnzimmer warf eine von der Decke herabhängende Lampe ihr scharfes, weißes Licht auf einen runden Tisch, der mit einem Tischuch bedeckt war, auf dem Tassen und ein glänzender Samowar standen.

„Morz, fünf Uhr, aufstehen,“ rief er, die Tür zu einem finsternen Zimmer öffnend, aus dem muffiger Weichengeruch quoll. Morz rührte sich nicht, bloß das Bett begann zu krachen und zu knarren. „Moritz!“ rief er ins andere Zimmer.

„Pin wach. Habe die ganze Nacht nicht geschlafen.“ „Warum?“ „Ich dacht' an unser Geschäft und rechnete mir so einiges aus, und so verging die Zeit.“ „Weißt du, Goldberg ist heute nacht abgebrannt, und zwar, wie gewohnt,“ sagt Matthias. „Das ist doch keine Neuigkeit,“ antwortete Moritz gähmend. „Woher hast du es gewußt?“

„Schon seit einem Monat wußt' ich, er hat gebraucht abzubrennen. Gewundert habe ich mich sogar, daß er es so lange hinauszieht, von der Versicherung kriegt er doch keine Prozente.“ „Hat er viel Waren gehabt?“ „Er hat viel versichert gehabt.“ „Die Bilanz hat er sich ausgeglichen.“ Beide lachten herzlich.

Barowiecki kehrte in das Wohnzimmer zurück und trank seinen Tee. Moritz suchte wie gewöhnlich im ganzen Zimmer nach seinen Sachen herum und schnüpfte auf Matthias. „Du kriegst eins ins die Schnauze. Ich werde sie dir zu rotem Varchent zerbläuen, wenn du mir nicht wirst meine Sachen anständig zusammenlegen.“ „Morgen!“ rief der endlich erwachte Morz. „Stehst nicht auf? Es ist schon nach fünf.“ „Seine Antwort überhörte die Pfeifen, die jetzt wieder loszurrillen und mehrere Sekunden mit solcher Wucht dröhnten, daß alle Fenster Scheiben erzitterten. Moritz setzte sich unangezogen, mit einem Paletot über dem Arm, an den Ofen, in dem lustig Holz knisterte. „Gehst du nicht aus?“ „Nein, ich soll' nach Tomaszow fahren. Weiß' schrie mir, ich möcht' ihm neue Krenpel kommen lassen, aber jetzt fahr' ich nicht hin. Kalt ist's und ich hab' auch keine Lust.“ „Bleibst du auch zu Hause, Morz?“ „Was soll ich mich beeilen? In diese ekelhafte Wude? Übrigens habe ich mich gestern mit meinem Vater vertragen.“ (Fortf. folgt.)

